

Bedingungsloses Grundeinkommen: Fragwürdige Allzweckwaffe

1. Kompetenzen

Die Schülerinnen und Schüler sollen ...

1. sich den Begriff des „bedingungslosen Grundeinkommens“ erschließen.
2. die Unterschiede der derzeit diskutierten Konzepte und Zielsetzungen analysieren.
3. begründet Stellung hinsichtlich der Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens nehmen.

2. Aufgaben

1. *Erklären Sie in eigenen Worten, was grundsätzlich unter einem „bedingungslosen Grundeinkommen“ verstanden wird.*
2. *Erläutern Sie, inwieweit die Einführung eines solchen eine gesellschaftliche Innovation darstellen würde.*
3. *Vergleichen Sie die Unterschiede der in der Diskussion eingebrachten Konzepte. Erstellen Sie eine Tabelle, in der Sie diese (z. B. hinsichtlich Umfang, Zielsetzungen, Empfängern) einander gegenüberstellen.*
4. *Überprüfen Sie, wie sich die Vielfalt der Vorschläge auf die Umsetzungsdiskussion auswirkt.*
5. *Setzen Sie sich mit den generellen Argumenten für und gegen die Einführung eines solchen bedingungslosen Grundeinkommens auseinander. Nehmen Sie dabei Stellung innerhalb der Diskussion, indem Sie Ihre Zustimmung oder Ablehnung generell bzw. bezogen auf die konkreten Konzepte begründen.*
6. *Diskutieren Sie anschließend Ihre Einschätzungen in der gesamten Klasse/im gesamten Kurs.*

Bedingungsloses Grundeinkommen: Fragwürdige Allzweckwaffe

Geld für jeden soll Ungleichheit und technischen Wandel bewältigen helfen - ein umstrittenes Konzept.

Selten verlaufen die Fronten in einer wirtschaftspolitischen Diskussion so seltsam wie bei diesem Thema. Die Parteichefin der Linken, Katja Kipping, tritt für ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) ein. Dem haben sich Topmanager wie
5 Telekom-Chef Tim Höttinges und Siemens-Chef Joe Kaeser angeschlossen. Der Drogeriekettenbesitzer Götz Werner ficht schon lange dafür. Linke-Politiker Gregor Gysi dagegen hält es für zu teuer und unsolidarisch - und der Geschäftsführer der wirtschaftsliberalen Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft, Gerd Habermann, befürchtet "eine extreme Abhängigkeit der Bürger vom Staat". Der seltsame
10 Frontverlauf erklärt sich daraus, dass die Befürworter aus den verschiedenen Lagern ganz unterschiedliche gesellschaftliche Probleme im Sinn haben, die sie mit dem Grundeinkommen lösen wollen. Entsprechend unterschiedlich sind ihre Konzepte. Das BGE von 2 500 Euro im Monat in der Schweiz, das in einer Volksabstimmung gescheitert ist, hat wenig mit den 560 Euro zu tun, die arbeitslose Finnen im Rahmen
15 eines Experiments der finnischen Regierung ebenfalls unter dem BGE-Rubrum bekommen.

Der Linke-Chefin ist die Strenge ein Dorn im Auge, mit der Hartz-IV-Empfänger auf Bedürftigkeit und Arbeitsbereitschaft geprüft werden. Sie will "einen Transfer des
20 Gemeinwesens an alle Menschen, welcher individuell garantiert ist, ohne eine Bedürftigkeitsprüfung". Außerdem ist sie eine strikte Verfechterin offener Grenzen, was bedeutet, dass jeder Weltbürger Anspruch auf das Grundeinkommen hätte. Die Schweizer Initiative dagegen verweist als Antwort auf die Frage: "Kommen dann alle Ausländer?" auf die strengen Zuzugsregeln der Schweiz und räumt ein, dass man für
25 "Grenzgänger, Asylanten, Saisonarbeiter und Schweizer, die im Ausland leben und arbeiten", Sonderregeln finden müsse. Götz Werner will vor allem die Wohlfahrtsbürokratie abbauen und die Menschen zu mehr Eigenverantwortung ermächtigen und zwingen. Den Spitzenmanagern Höttinges und Kaeser geht es darum, den erwarteten massiven Strukturwandel sozial abzufedern. Digitalisierung und
30 Roboterisierung würden viele Qualifikationen obsolet machen. Der soziale Ausgleich sei zwar im Prinzip auch über Hartz IV machbar, aber "das Grundeinkommen verspricht mehr Würde", sagt Höttinges, weil man nicht darum bitten müsse.

Der wirtschaftsliberale Hamburger Ökonom Thomas Straubhaar hat einen anderen
35 Schwerpunkt. Ihm geht es darum, die negativen Arbeitsanreize der Hilfeempfänger zu beseitigen, die damit verbunden sind, dass Hilfszahlungen ganz oder überwiegend wegfallen, wenn Geld hinzuverdient wird. Sein solidarisches Bürgergeld wird auch vom ehemaligen thüringischen Ministerpräsidenten und heutigen Auto-Lobbyisten Dieter Althaus (CDU) vertreten. Es ähnelt dem Konzept der negativen
40 Einkommensteuer des Wirtschaftsnobelpreisträgers Milton Friedman. Jeder Bürger erhält statt eines Freibetrags in der Einkommensteuer für den Grundbedarf ein Grundeinkommen von 800 Euro. Wer Einkommen hat, bei dem wird das Grundeinkommen mit verrechnet. Dies sorgt graduell, aber relativ zügig dafür, dass

45 bei steigendem Einkommen und damit sinkender Bedürftigkeit der Nettozufluss gegen null geht. Andere Sozialleistungen sollen gestrichen werden.

Auch was die Finanzierungsseite angeht, ist alles dabei, was die unterschiedlichen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Vorlieben hergeben. Die Schweizer Initiative ließ die Finanzierung einfach offen. Im finnischen Feldversuch gibt es wenig zu
50 finanzieren, ebenso wie im wenig großzügigen Straubhaar-Althaus-Konzept. Die Manager Kaeser und Höttges wollen die Gewinne der Unternehmen stärker besteuern. Der Milliardär Werner will die Konsumenten über eine massiv erhöhte Mehrwertsteuer bezahlen lassen und die Einkommensteuer streichen. Das würde die
55 Hocheinkommensbezieher entlasten, diejenigen aber, die ihr schmales Einkommen vollständig steuerpflichtig ausgeben, dagegen zusätzlich belasten. Katja Kipping will höhere Steuern für große Einkommen und eine Vermögensteuer. Darin ist sie sich mit BGE-Kritiker Gysi einig.

Die Vielfalt an Ausgestaltungen und Finanzierungsideen, die unter dem Etikett
60 "bedingungsloses Grundeinkommen" laufen, machen eine fruchtbare Diskussion schwer. Der durch seine Ungleichheitsstudien berühmte französische Ökonom Thomas Piketty kritisiert in der Zeitung "Le Monde", dass die Debatte von Fragen der Verteilung von Macht und Einkommenschancen ablenke. "Gerechtigkeit ist nicht
65 einfach eine Frage von 530 oder 800 Euro im Monat. Wenn wir in einer gerechten Gesellschaft leben wollen, müssen wir uns höhere Ziele setzen, die auch die Verteilung von Einkommen und Vermögen insgesamt einschließen." Dabei hat er die Stärkung von Gewerkschaften und Mitbestimmung im Sinn.

Dass die Arbeit ausgehen könnte, erscheint vielen Ökonomen eine abseitige
70 Vorstellung, auch wenn Roboter viele Arbeiten übernehmen sollten. "Mit oder ohne BGE werden schwere oder unangenehme Arbeiten gemacht werden müssen", etwa in der Pflege oder Müllabfuhr, betont der Unternehmensberater und Blogger Christoph Meyer. Schon heute sei in Krankenhäusern und im Pflegebereich eine
75 menschenwürdige Behandlung der Betreuten aus Personalmangel kaum mehr zu gewährleisten. Wenn das Geld für ein Grundeinkommen angeblich da sei, warum dann nicht erst einmal Pflegekräfte anständig bezahlt und genug eingestellt würden, fragt er. Das sei zielführender, als zu hoffen, dass durch ein Grundeinkommen vom Arbeitszwang befreite Menschen die schwere Arbeit aus eigenem Antrieb
80 übernehmen.

Bei genauer Betrachtung lässt sich die Diskussion über das Grundeinkommen in seine Bestandteile auflösen. Werden Pflegekräfte und Müllmänner fair bezahlt und wird
genug Geld für diese Dienste bereitgestellt? Werden Hartz-IV-Empfänger zu sehr
kujoniert und wegen vermeintlicher Arbeitsunwilligkeit mit Hilfsentzug bestraft? Ist
85 das Niveau zu hoch oder zu niedrig? Braucht es die Wohlfahrtsbürokratie zur Bedürftigkeitsprüfung wirklich, oder kann man das über die Steuererklärung effizienter abwickeln? Tragen die Einkommensstarken und - schwachen, die Unternehmen und die Vermögenden ihren fairen Anteil an der Steuerlast?

- 90 Ökonom Straubhaar ist anderer Meinung: "Bei einer Zeitenwende liefert die kleinteilige Reparatur einer gesellschaftlichen Schieflage nicht nachhaltig Stabilität", plädiert er unter Verweis auf Digitalisierung und Roboter für den großen Wurf, unter dem allerdings jeder Befürworter des Grundeinkommens etwas anderes zu verstehen scheint.

95 *Quelle: Häring, N., Handelsblatt, Nr. 016, 23.01.2017, 12*